

**Drucksachen der
Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
VII. Wahlperiode**



Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsdrucksachenart: Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsinitiator: Fraktion DIE LINKE., PIRATEN Lichtenberg	Drucksachen-Nr: DS/0941/VII Datum: 24.10.2013				
Bündnis für Wohnen modifizieren und Wohnraum für Flüchtlinge bereitstellen					
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th>Datum</th><th>Gremium / Ergebnis</th></tr></thead><tbody><tr><td>24.10.2013</td><td>BVV BVV-025/VII</td></tr></tbody></table>		Datum	Gremium / Ergebnis	24.10.2013	BVV BVV-025/VII
Datum	Gremium / Ergebnis				
24.10.2013	BVV BVV-025/VII				

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht sich mit den Unterzeichnenden des „Bündnis für Wohnen“ dafür einzusetzen, dass die Bündnispartner Flüchtlingen ein festes Kontingent bzw. einen bestimmten Anteil an Wohnungen nach dem Vorbild des Kooperationsvertrags "Wohnungen für Flüchtlinge (WfF)" bereitstellen.

Begründung:

Seit 2003 können sich Flüchtlinge in Berlin nach Ablauf der ersten Phase des Asylverfahrens in einer Erstaufnahmestelle bzw. Sammelunterkunft eine eigene Wohnung suchen. Von den rund 12.000 Menschen, die derzeit in Berlin Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, leben rund 7.000 Menschen in eigenem Wohnraum. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen des Berliner Wohnungsmarktes wird die Wohnungssuche für Flüchtlinge allerdings immer schwieriger, denn Flüchtlinge sind eine besonders benachteiligte Gruppe am Wohnungsmarkt.

Die Bereitstellung eines festen Wohnungsanteils für Flüchtlinge und ihre Familien nach dem Vorbild des Kooperationsvertrags "Wohnungen für Flüchtlinge (WfF)" gemeinsam mit den Unterzeichnenden des Bündnisses für Wohnen wäre ein wichtiger Schritt, um in Lichtenberg Flüchtlingen bei der für sie vielfach besonders erschwerten Wohnungssuche zu helfen. Bei über 70.000 Wohnungen im Bestand der Bündnispartner käme man selbst bei einem geringen Prozentsatz von 0,5 % auf 350 Wohnungen.

Wie die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus in einer auf ganz Berlin bezogenen Kleinen Anfrage herausgefunden hat, ist die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen zudem deutlich günstiger als die Unterbringung in Sammelunterkünften (<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/KIAnfr/ka17-11369.pdf>).

Initiator: **Fraktion DIE LINKE., PIRATEN Lichtenberg**